

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.04.2024

Inhalt

EWN

1 Meyer nimmt Verbände bei Bürokratieabbau mit in die Pflicht <i>nordkurier.de, 26.04.2024</i>	3
2 Grüne Atomtricks? <i>die tageszeitung, 27.04.2024</i>	4

 nordkurier.de | 26.04.2024 dpa WEBLINK

Meyer nimmt Verbände bei Bürokratieabbau mit in die Pflicht

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhardt Meyer (SPD) hat den Willen der Regierung zum Bürokratieabbau untermauert, dabei aber die Bereitschaft von Interessenverbänden zum Kompromiss eingefordert. So rufe mancher Versuch zu Vereinfachungen sofort Widerstände hervor. Als jüngstes Beispiel nannte Meyer am Freitag im Landtag in Schwerin Pläne für die kleine Bauvorlageberechtigung für Handwerker, die Proteste der Architektenkammer ausgelöst hätten. Erst kürzlich hatte er die Wirtschaft aufgefordert, selbst möglichst konkrete Vorschläge zum Abbau bürokratischer Hemmnisse zu machen.

„Wir haben kein Erkenntnisproblem und es gibt auch Initiativen, doch ist vom Bürokratieabbau zu wenig zu merken“, konstatierte der Minister. Er warb für eine neue Verwaltungskultur, in der den zuständigen Behörden Ermessensspielräume eingeräumt und diese ermuntert würden, sie auch zu nutzen. „Pragmatisch mit Antragstellern umzugehen müssen wir jeden

Tag vermitteln“, sagte Meyer. Er kündigte an, weiter an dem Ziel festzuhalten, dass in Genehmigungsverfahren Behörden vier Wochen Zeit hätten, Stellung zu nehmen. Täten sie das nicht fristgerecht, solle dies als Zustimmung gewertet werden.

Die Debatte war von der oppositionellen FDP beantragt worden. „Bürokratie ist ein unersättliches Monster, das Kraft und Zeit frisst“, sagte Fraktionschef René Domke. Der von seiner Fraktion eingebrachte Antrag, mit dem unter anderem die Einrichtung eines Normenkontrollrats gefordert wurde, in dem Fachleuten Gesetze auf Verzichtbares überprüfen sollen, fand keine Mehrheit.

Redner der Opposition nahmen die Debatte zum Anlass, ihre Kritik am neuen Vergabegesetz des Landes zu erneuern. Das Gesetz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen und die Einhaltung von Umweltstandards bindet, war in der Wirtschaft des Landes auf massive Kritik gestoßen.

📰 die tageszeitung | 27.04.2024 | S. 6

📄 Auflage: 46.352 | Reichweite: 313.141

👤 Kai Schöneberg, Bernward Janzing

Grüne Atomtricks?

Haben die Minister beim Atomausstieg manipuliert, um der Grünen-Basis stillgelegte Meiler zu präsentieren? Die Union denkt laut über einen Untersuchungsausschuss nach

Die Reihen der Koalition standen – ausnahmsweise. Es sei „völlig logisch“, wie Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) entschieden habe, sagte der klimapolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Olaf in der Beek, nach einer der Ausschuss-Sondersitzungen, die am Freitag eilig im Bundestag einberufen worden waren. Die Opposition war da weniger handzahn: Es habe „Verdrehung von Fakten statt ergebnisoffener Prüfung“ in Habecks und im ebenfalls zuständigen und ebenfalls grün geführten Umweltministerium gegeben, zeterten Unions-Politiker. Sie drohten sogar mit einem Untersuchungsausschuss.

Haben „Strippenzieher der Grünen 2022 die Entscheidung über eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke manipuliert“? Haben Habeck und Parteikollegin Steffi Lemke beim grünen Kernthema Atomausstieg getrickst, um der Parteibasis einen Erfolg vorzulegen – drei stillgelegte Atomkraftwerke? So insinuiert es eine Recherche des Monatsmagazins *Cicero*. Danach sollen sowohl im Wirtschafts- als auch im Umweltministerium im Frühjahr 2022 Expertenbedenken zum damals noch für den folgenden Jahreswechsel geplanten Atomausstieg unterdrückt worden sein.

Cicero hatte sich Einsicht in interne Unterlagen aus dem Bundeswirtschaftsministerium gerichtlich erstreiten müssen. Aus den Papieren geht angeblich hervor, dass Aussagen von eigenen Fachleuten wie auch von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in den beiden Bundesministerien zugunsten des bereits geplanten Atomausstiegs umgedeutet worden sein sollen.

Kern der Geschichte ist die Angst um die Energieversorgung Deutschlands nach Russlands Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Nur wenige damals und Neckarwestheim II vom Netz gehen. Monate später sollten die Meiler Emsland, Isar 2 Nur kurze Zeit später, am 1. März, erklärten laut *Cicero* zwei Referenten und ein Referatsleiter aus dem für Reaktorsicherheit zuständigen Umweltministerium, dass ein Weiterbetrieb der drei Reaktoren „mit der Aufrechterhaltung der nuklearen Sicherheit vereinbar“ sei – und dies so-

gar „über mehrere Jahre“.

Gerrit Niehaus, Abteilungsleiter für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz im Umweltministerium, habe sich dann aber darangemacht, „die Kernbotschaft des Vermerks in ihr Gegenteil zu verkehren“. In einer neuen Textversion aus seiner Abteilung habe es geheißen: „Eine Laufzeitverlängerung ist aus Gründen der nuklearen Sicherheit abzulehnen.“ Die Originalversion des Vermerks soll Habeck jedoch nie zu Gesicht bekommen haben.

Im nächsten Schritt soll sein damals noch im Dienst befindlicher und später geschasster Staatssekretär Patrick Graichen daraus ein fünfseitiges Papier verfasst haben. Tenor: Nach „einer Abwägung von Nutzen und Risiken“ sei eine Laufzeitverlängerung nicht zu empfehlen. Dieses Dokument bewertete zwar selbst Atomkritiker Niehaus als in Teilen „juristisch grob falsch“. Gleichwohl habe Graichen es an Habeck weitergeleitet. Der schätzte das Papier offenbar als „famos“ ein – und arbeitete damit weiter. *Cicero* kommt zum Ergebnis: „Die Fachleute im Ministerium fanden kaum Gehör. Ihre Einschätzungen wurden ignoriert oder verfälscht.“

Zudem zitiert das Magazin Fachleute aus Habecks Ressort, die Anfang März 2022 schrieben, es sei „unklar, ob für den nächsten Winter ausreichend Erdgas eingespeichert werden kann“, um neben den anderen Gasverbrauchern auch noch „einen tagelangen Betrieb von Gaskraftwerken“ zu ermöglichen. Das ist rückblickend allerdings gelungen, nicht zuletzt durch die extrem schnell gebauten LNG-Terminals an Nord- und Ostsee.

Habeck und Lemke wiesen die Vorwürfe zurück. „Das ist kein Spiel, wir reden über nukleare Sicherheit“, sagte die Umweltministerin. Habeck erklärte: „Die Unterlagen erzählen eine andere Geschichte, als es kolportiert wurde, nämlich dass das Ministerium und meine Person, und zwar schon vor dem russischen Angriffskrieg, aktiv auf die Betreiber der Atomkraftwerke zugegangen ist mit der Frage: Können eure Dinger länger

laufen?“ Für ihn habe „die Versorgungssicherheit absolute Priorität“ gehabt, sein Ministerium „ohne Denkverbote“ gearbeitet. Nachdem die AKW-Betreiber ge-

sagt hätten, die Brennstäbe könnten noch etwas länger laufen, sei die Laufzeit bis 15. April 2023 verlängert worden.